

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 4 mal wöchentlich Dienstags,
Donnerstags Samstags und Sonntags.
Bezugspreis monatlich 45 Pfg., durch die Post
vierteljährlich Mtk. 1.20 und Bestellgeld. ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diedenbergen, Erbenheim Heßloch, Iglstadt, Kloppenheim, Massenheim,
Medenbach, Nautod, Nordenstadt, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbachsen.)

Der Anzeigerpreis beträgt: für die kleinstmögliche
Petitzelle oder deren Raum 15 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 30 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
:: : Postzeitungsliste unter Nr. 110 a. :: ::

Redaktion und Geschäftsstelle :: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. :: Fernruf: 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 37.

Sonntag, den 25. März 1917.

17. Jahrgang.

Der deutsche Tagesbericht

Mit Großes Hauptquartier, 23. März. Amtlich.
Deutscher Kriegsstaatsblatt.

Anfolge mehrerer Vorstöße einzelner und feindlicher
Kombinationen, Abteilungen nahm an der Handlichen
Front und im Westschiffen seitwärts die Westliche
Stärke zu. Eine Anzahl Gefangener ist dort in
unserer Hand geblieben.

Frontliche Truppen, die beiderseits von St.
Simon über Sonne und Trosselkanal gezogen waren,
sind durch Anriffe gegen und über diese St.
Schiffe zurückgedrängt worden. Der Feind verlor dabei
seine Verluste und kassierte 200 Gefangene sowie mehrere
Maschinenwaffen und Geschütze ein.

Deutsche Eise und Märsche entzogen sich in den
Mehrschritten, welche meistlich und südlich von Mar-
shal. Anriffe nach französischer Art sind durch
Feuer und im Momenten teilweise abgewiesen wor-
den. Unsere Kräfte sind auch außerhalb dieses
Sanktionsfeldes folgende Ziele in Truppenansammlungen
und Bewegungen.

Im Westen von St. Pierre-Mont ist ein nach
südlich gerichteter französischer Vorstoß ge-
scheitert.

Bei Matronville, in der Westebene, brachte ein
eigenes Unternehmen 12 Gefangene und zwei Maschi-
nengewehre ein.

Deutscher Kriegsstaatsblatt.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Bis auf einen fehlgeschlagenen Teilangriff in der
Senenge und Rückzugsfeuer verhielt sich der Fran-
zose bei Monastir ruhig.

Eine unserer Luftschiffe hat in der Nacht vom 20.
zum 21. März englische Anlagen der Mudros auf der
Insel Lemnos wirkungsvoll mit Bomben beworfen
und ist unverletzt in seinen Hafen zurückgekehrt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der österreichische Bericht

Mit Wien, 23. März. Amtlich wird verlautbart:
Deutscher Kriegsstaatsblatt.

Unter gestern gemeldeter Vorstoß an der Vereina
kostete dem Feind starke blutige Verluste. Sonst ist nichts
zu melden.

Italienischer Kriegsstaatsblatt.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsstaatsblatt.

Östlich des Ohrida-See scheiterte abermals ein
französischer Angriff.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Von der Westfront

Mit Bern, 23. März. Die französische Presse be-
spricht die Vorgänge an der Westfront natürlich weiter
mit Genugtuung, gibt jedoch zu, daß der Vormarsch
der Alliierten infolge des schlechten Wetters und der
planmäßigen Zerstörung langsamer geworden sei.

Eine neutrale Stimme zur Lage

Mit Stockholm, 23. März. Der militärische Mit-
arbeiter von „Aftonbladet“ schreibt über den deutschen
Marsch in Nordfrankreich: Für die Deutschen bedeutet
der Rückzug aller Wahrscheinlichkeit nach nichts anderes,
als den Austausch einer taktisch und technisch schwachen
Stellung gegen eine bessere. Diejenigen, die das Trom-
peten erkunden haben, sind selbst am ersten in der
Lage, ein Gegenmittel dagegen zu schaffen. Dabei wäre
es nicht verwunderlich, wenn die Stellungen, die die
Deutschen jetzt wählen, taktisch so gelegt und technisch
so ausgebaut sind, daß sie relativ unempfindlich gegen
die größte Artilleriefeuer sind. Durch den umfassenden
Rückzug sind auch sonst Vorteile gewonnen. Die Qua-
dranten, die Frankreich jetzt ansonst erhält, muß es
teuer bezahlen — mit Zeit. Früher war die Haupt-
aktion der Entente, daß sie die Zeit auf ihrer Seite habe.
Jetzt, durch den U-Bootkrieg, hat Deutschland die Mög-
lichkeit, zu warten, während die Entente nicht warten
kann, weil sie jeden Monat den zwanzigsten Teil ihres
verfügbaren Schiffsraumes verliert. Dazu kommt, daß
sich die Verhältnisse in Russland immer mehr verschlech-
tern. Da die Deutschen Sündenbursche starke Autorität
haben, auf die sie vertrauen können, werden sie ganz
einfach auf der Front zurück, wo der Gegner zum An-

griff ansetzen wollte und überlassen es ihrem Feinde,
neue Vorbereitungen zu beginnen.

Die Gefangennahme der Zarin

Mit Petersburg, 22. März. Meldung des Reu-
terschen Büros. Der Kommandant des Distriktes Pe-
tersburg, General Kornilow, teilte der Zarin mit,
daß sie gefangen ist. Er begab sich mit seinem Stabe
nach Jaroslaw Selo und fragte vom Bahnhof aus
telephonisch beim Kammerherrn Grafen Wendendorff
an, wann die Zarin ihn empfangen könne. Ueber den
Grund des Besuches wollte er am Telefon nichts mit-
teilen. Wendendorff ersuchte den General, am Tele-
phon zu warten und kehrte nach einigen Minuten mit
der Nachricht zurück, daß die Zarin ihn in einer hal-
ben Stunde erwarte. Kornilow fuhr mit seinem Stabe
nach dem Schloß Klein-Jaroslaw Selo. Er wurde in
die Privatgemächer geführt, wo er der Zarin den Be-
schluß der provisorischen Regierung vorlas und ihr
mitteilte, daß sie von diesem Augenblick an nicht mehr
in Freiheit sei, daß die frühere Wache entlassen und
das Schloß streng bewacht würde. Die Zarin ersuchte
ihre Dienerschaft zu lassen, was bewilligt wurde.
Hierauf begab sich Kornilow in die Kaserne, wo er
Anordnungen für die Bewachung traf. — Der Czarr
wird bei seiner Ankunft in Jaroslaw Selo von General
Kornilow empfangen und mit einem Automobil nach
dem Palast gebracht. Das Automobil wird von Ka-
vallerie begleitet.

Mit London, 22. März. Das Reutersche Büro
meldet aus Petersburg: Der Zar ist in Jaroslaw Selo
eingetroffen.

Wie Amerika sich am Kriege beteiligen will

Von der schweizerischen Grenze, 23. März.
Einem New Yorker Kabeltelegramm des Schweizerischen
Pressegraphen vom 22. März ist zu entnehmen: Ein
Mitglied des Kabinetts erklärte, daß der Kongress
wahrscheinlich folgende Abmachungen treffen werde: Zu-
sammenarbeit mit den Verbündeten. Die Flotten
der alliierten Mächte sollen aus dem westlichen Ozean
zurückgezogen werden, um gegen die Tauchboote operieren
zu können. Sie sollen durch amerikanische Kriegsschiffe
ersetzt werden. Die amerikanischen Häfen sollen den Schif-
fen der Alliierten in uneingeschränktem Maße offen sein.
Den Alliierten sollen weitere Kredite gewährt werden.
— Roosevelt und Roosevelt fordern in Neben-
zum Krieg auf. — Die bewaffnete Landmacht soll zur
Abwehr innerer Unruhen bereitgestellt werden.

Frankfurt a. M., 23. März. Ein Privattele-
gramm der „Frankfurter Zeitung“ aus New York mel-
det: Das Kabinett ist einstimmig dafür, dem Kongress
eine Resolution vorzulegen des Inhalts, daß der
Kriegszustand mit Deutschland seit dem 14.
März eingetreten ist. Wilson zögert in dieser Beziehung
noch, aber starke Einflüsse sind am Werk, um eine Ab-
stimmung noch vor dem Zusammentritt des Kongresses
herbeizuführen. Die öffentliche Meinung ist er-
stauend teilnahmslos und scheint sich resigniert
mit dem Gedanken abgefunden zu haben, daß der Krieg
kommen muß. Verschiedene Blätter finden an, die
Regierung der Vereinigten Staaten wolle auf dem Recht
bewaffneter Handelschiffe, in neutrale Häfen einzufah-
ren, bestehen. Professor David Jordan, Präsident der
Yale-Universität in Kalifornien, ist hier zu
einer Tagung der Friedensgesellschaft angekommen. Er
erklärt, der Westen des Landes habe den Wunsch, daß
Wilson alles tun möge, den Frieden zu erhalten, daß
aber, was auch geschehen solle, der Westen hinter dem
Präsidenten stehe.

Das lateinische Amerika

Mit New York, 23. März. (Hauptstadt des Ver-
traters des U. S. B. Versität eingetroffen.) „Associa-
ted Press“ meldet aus Washington: Fünf Regierungen
des lateinischen Amerikas haben im Prinzip die formelle
Anregung Ecuador's angenommen, daß Abgeordnete der
Republiken Kolumbien, Süd- und Mittelamerikas sofort zu-
sammentreten sollten, um die nötigen Maßnahmen zu
ergreifen, eine Meinungsäußerung des Kontinentes her-
beizuführen, hauptsächlich um die Rechte der Neutralen
zu verbürgen und, wenn möglich, die Härten des Krie-
ges zu erleichtern. Ecuador erwartet, daß die Annahme
des Vorschlages von den übrigen Staaten bald erfol-
gen wird.

Der Seekrieg

Mit Bergen, 23. März. Der Dampfer „Bergli“,
von Cardiff nach Bordeaux mit Kohlen unterwegs, wurde
versenkt; drei Mann sind umgekommen.

Mit Amsterdam, 23. März. Aus Brüssel
kommt die Nachricht, daß der belgische Dampfer „Karel“,
der von der englischen Regierung requiriert war, ver-
senkt worden ist.

Mit Cadix, 23. März. Ein englischer und ein italie-
nischer Dampfer, mit Wein und Apfelsinen für England
beladen, liegen in Cadix fest, weil die englische und italie-
nische Mannschaft aus Furcht vor Unterseebooten nicht
weiter fahren will.

Auszeichnung

Mit Brüssel, 23. März. Der Kaiser hat dem
Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst von Bis-
sing, das Kreuz der Ehrenlegion des belgischen Haus-
ordens von Hohenzollern in warmer Anerkennung der
in langer Friedensarbeit und jetzt erneut im Kriege an
herausragender Stelle bestanden bewährten Dienste ver-
liehen.

Neue Versprechungen für Irland

Mit London, 22. März. Reuters meldet: Im Un-
terhaus kündigte Bonar Law, als zahlreiche Unionisten
und Liberale die Notwendigkeit einer Lösung der iri-
schen Frage betonten, an, die Regierung wolle einen
neuen Versuch machen, eine solche Lösung zu finden.
Asquith sagte dafür seine tätige Mitwirkung zu.

Feindliche Berichte

Fransösischer Seeresbericht vom 22. März,
nachmittags.

In der Gegend nördlich von Tanager dehnten wir
nach lebhaften Kämpfen unsere Stellungen östlich von
St. Quentin-Kanal weiter aus und vertrieben den Feind
von mehreren energisch verteidigten wichtigen Punkten.
Südlich der Düse und nördlich von Soissons rückten wir
während der Nacht ebenfalls vor und besetzten trotz hef-
tiger Gegenaktion des Feindes in der Gegend von Vregny
mehrere Dörfer. Ein von uns unternommener Hand-
reich nördlich von Verdun an der Front und um Gefangene
ein. Mehrere feindliche Unternehmungen gegen unsere
Linien bei Fontaine au Charnes, in den Argonnen
und östlich der Straße von St. Hilaire nach St.
Souplet, im Courtois-Wäldchen, brachen in unserem
Feuer überall zusammen. Sonst ruhige Nacht.

Kirchliches

Mit Rom, 22. März. Unlängst des geheimen
Konfiskationskabinetts kündigte der Papst an, daß er in die Or-
ganisation der Kurie eine Reform einzuführen ge-
denke. Die Kongregation des Index solle als geson-
derte Kongregation abgeschafft und mit der Kongrega-
tion sanktifikatorisch vereinigt werden. Der Grund der
geplanten Vereinigung liege in der offensichtlichen
Gleichheit der Ziele, die beide Kongregationen ver-
folgten.

Kleine Nachrichten

Mit Köln, 22. März. Ein großes Autounfall er-
eignete sich hier heute nachmittags auf der Düsseldorf-
Landstraße in der Nähe des Ortes Steinrath. Ein
von Düren kommendes beladenes Militär-Auto fuhr
mit übergroßer Geschwindigkeit (100 Kilometer) gegen
einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Das
Auto glückte einem großen Trümmerhaufen. Der Trans-
portführer, ein verheirateter Unteroffizier, war sofort
tot. Von den Begleitmannschaften wurde einer schwer,
einer leicht verwundet. Der Schwerverwundete wurde
in das städtische Krankenhaus zu Krefeld überführt.

Mit Bern, 22. März. Der Doppelmörder Möser ist
jetzt in das Gerichtsgefängnis in Vuchum eingeliefert.
Die Beweise für seine Schuld sind erdrückend. In der
Nacht vor dem Morde hat er bei einer Tante in
Rauzel genächtigt. Am Montag ist er vormittags 8,38
Uhr nach Bern gefahren, hat sich sofort in das Geschäft
von Hirschen begeben und die Verbrechen begangen.
Im Laden hat er verschiedene Geld- und andere Mün-
zen, darunter eine österreichische Kriegsauszeichnung
des Mannes, der Ermordeten, der österreichischer Bi-
schöfswibel ist, mitgenommen. Nach der Mordtat ist er
sofort wieder nach Rauzel gefahren, wo er kurz vor
12 Uhr wieder gesehen wurde. Dort hat er die Münzen
verkauft und eine dem Töchterchen der Ermordeten
Frau Hirschen gehörige kleine Schere, die er ebenfalls
mitgenommen hatte, verschenkt. Nach Bekanntwerden
der Mordtaten und des Täters sind die Gegenstände
der Polizei wieder abgeholt worden. Der Mörder ist
am Tage der Tat nachmittags gegen 5 Uhr von Rauzel
nach Bern und von dort nach Bern gefahren, wo
er bei seinen Verwandten Unterkunft suchte. Hier ist
er verhaftet worden.

Bezeichnet Kriegsanleihe!

Die neue deutsche Kriegsanleihe.

Von Gustav Schmoller.

Wir sind im Begriffe, eine weitere Kriegsanleihe zu zeichnen, und sie wird dasselbe glänzende Ergebnis haben, wie die vorigen.

Unsere Kraft ist ungebrochen.

Wir wollen und wir werden siegen, und wir haben die geistig-moralischen und die materiellen Mittel dazu. Regierung und Volk sind eins, sind enger als jemals. Gerade der Krieg hat das Volk bis in seine untersten Kreise hinein belehrt, daß wir seit den großen preussischen Kriegen des 18. Jahrhunderts, seit Kaiser Wilhelm und Bismarck auf dem rechten Wege waren. Unsere Ziele waren stets: die vollendetste Machtkombination, um unsere bedrohte internationale Stellung im Herzen Europas zu bewahren, und im Innern die Hebung der unteren und mittleren Klassen, um in ihnen das Gefühl zu erhalten und zu stärken, daß der Staat für sie mindestens ebenso da sei, wie für die oberen.

Man nannte in ganz Europa im 18. Jahrhundert den preussischen König den „roi des gueux“, den König der Bettler. Nicht umsonst hat er den Bauern vor der Legung, der Hufenberaubung, geschützt, dem Handwerker und Arbeiter Brot und Verdienst geschafft. Und als im 19. Jahrhundert dem zunehmenden Lohnarbeiterstande neue große Gefahren drohten, da waren es doch wieder Preußen und Deutschland, die dem großen Gedanken der Arbeiterversicherung die Bahn brachen. Und Bismarck, der neben der Macht doch ebenso die soziale Versöhnung als sein Lebensziel ansah, der den Sozialdemokraten Lohar Bucher in seinen Dienst und auch Karl Marx 1887 für sich gewinnen wollte, er setzte 1886–89 seine ganze, große Kraft in die Durchführung der Arbeiterversicherung, um den unteren Klassen das Gefühl zu geben, daß das neue Deutsche Reich gerade auch für sie da sei. Die Masse des Volkes sollte vom Gefühl erfüllt werden, ihr Wohl und Wehe hänge an der Existenz des Reiches.

Und dieses Ziel hat er erreicht. Die ganze deutsche Arbeiterschaft, einschließlich der Sozialdemokratie, steht seit Kriegsausbruch geschlossen hinter der Reichsregierung: die unteren und mittleren Klassen werden von dem Gefühl beherrscht: tua res agitur. (Es geht um dein eigenes Interesse.) Eine

Vollständigkeit ist erreicht.

wie sie nur in den Höhepunkten geschichtlichen Lebens eintritt. Die oberen Klassen haben schon in den ersten Tagen der Zeichnung begonnen, Aktienposten von 1 bis 40 Millionen Mark zu zeichnen. Aber ebenso wichtig ist, daß die mittleren und unteren Klassen ihr Scherflein beibringen. Und daher ist es wohl passend, sie daran zu erinnern, was sie vom Reich haben.

In unseren deutschen Krankenkassen sind jetzt etwa 15 Millionen Personen versichert, in Frankreich sind es etwa 4–5, in den Vereinigten Staaten vielleicht 2; in unserer Unfallversicherung sind fast 25 Millionen, in unserer Invalidenversicherung 16 Millionen Personen versichert. Wir können sagen: gute ärztliche Behandlung und Krankenhausbeflege ist der großen Masse des deutschen Volkes seither zuteil geworden. Früher hatte es krankes Vieh eigentlich besser, als kranke Arbeiter. Ein großer Teil unseres Volkes ist von der Sorge befreit, die Armenkasse in Anspruch nehmen zu müssen. In den Hunderten und Tausenden von Arbeiterversicherungsorganisationen wirken heute die Unternehmer und ihre Beamten und die Arbeiter auf neutralem Boden zusammen; ebenso die Gemeinden, die Unternehmer, die Ärzte und die Arbeiter. Eine Verbesserung der Gesundheitspflege und des Arbeiterwohnungswezens ohne Gleichen hat sich vollzogen; die Einsicht unserer Unternehmer in den Wert einer gesunden, kräftigen Arbeiterschaft ist heute — dank des Versicherungswesens — ein ganz anderer als noch 1870–80.

Es sind in der Tat

Ausbahnungen eines sozialen Friedens geschaffen, die man nicht hoch genug anschauen kann, so groß

auch noch die sozialen Wegezüge sind. Und darauf beruht ein gut Teil unseres heutigen Stärkegefühls, unserer Opferbereitschaft im ganzen Volke. All diese Fortschritte wären bedroht, wenn der Krieg nicht günstig für uns endete. Das wird auch

bei der neuen Kriegsanleihe

mitwirken, sie fördern. Ein kleiner Vorfall in meiner Familie hat mich dieser Tage in meiner Zuversicht auf ihr Gelingen wunderbar gestärkt. Ich hatte meinem kleinen 10jährigen Enkel 50 Mark zu seinem Geburtstag gesandt. Er antwortete mir, der Vater habe ihm die gleiche Summe gegeben, und so könne er jetzt wieder, wie das letzte Mal, 100 Mark Kriegsanleihe zeichnen.

Wenn so die Zehnährigen denken, können wir getrost das Ergebnis abwarten.

Wart Ihr dabei

im Schützengraben, bei eisiger Kälte, bei glühender Hitze, in Lehm und Dreck, in Nässe und Regen, wenn nach wochenlangem höllischen Trommelfeuer der rasende Feind zum Sturm rannte und an unsrer Helden sieghafter Wehr sich blutige Schadel holte?

Wart Ihr dabei im einsamen Unterseeboot, weit draußen im unendlichen Meer, in Sturm und Drang, in Not und Tod, auf erfolgreicher Jagd nach dem Engländer?

Wart Ihr dabei, wenn unsere Flugzeuge und Zeppeline sich trutzig und verwegen den feindlichen Geschwadern entgegenwarfen zum Schutz unserer Kinder, Frauen und Greise, unserer blühenden Städte und Dörfer?

So seid wenigstens jetzt dabei

wenn es gilt, im sichern Schoß der Heimat ohne Gefahr für Leib und Leben am großen Ziele mitzuwirken. Es geht der Entscheidung entgegen! Wer Kriegsanleihe zeichnet, verkürzt den Krieg, beschleunigt den Frieden. Wer aber jetzt noch dem Vaterland engherzig sein Geld vorenthält, demselben Vaterland, dem unsre Söhne, Brüder und Väter ihr Leben opfern, der hilft unsern Feinden.

Die 6. Kriegsanleihe

ist eine Ehren-Urkunde, die jeder besitzen muß.

Zwischen Marias jetz geschwungenen Brauen lagte sich eine tiefe Falte.

Herr Toporeanu, hier gilt es nicht einer bestimmten Persönlichkeit, sondern einem Menschenleben überhaupt, das man nicht aufs Spiel setzen darf. Sie werden befehlen, daß ich es um meinethwillen unter gar keinen Umständen geschehen lassen kann. Und ich fordere von Ihnen, daß Sie die Sache gütlich beilegen. — Das fordere ich von Ihnen und von Herrn Colla.

Aber Kind, du reiß dich wieder auf! rief Frau Klusbeck besorgt. Es kommt nicht so weit. So etwas wird bei uns sehr oft bei Schimpansen ausgeübt, nicht wahr, Herr Toporeanu?

Wenn Fräulein Martha darauf besteht, will ich mein Möglichstes tun.

Ich bitte Sie, ich beschwöre Sie, Herr Toporeanu! rief jetzt Martha erregt.

Mein Fräulein, ich rede Ihnen zu Diensten.

Martha lehnte sich erschöpft zurück, schloß halb die Augen und sagte ruhiger:

Ich danke Ihnen!

Ich will dir eine Pflonade bringen, mein Kind, du bist wieder so blaß, sagte Frau Joe und warf im Abgehen dem jungen Mann einen aufrichtenden Blick zu. Jetzt ist die Gelegenheit, dachte sie, Martha ist weich, und wer weiß, in einer Andenkung von Dankbarkeit.

Fräulein Martha! Toporeanus Stimme klang tief und warm. Ich bringe ein großes, ein ungeheuer großes Opfer, aber ich tue es mit Freuden für Sie.

Martha schlug ängstlich die Augen auf, sie hatte das unbestimmte Gefühl, daß jetzt eine Erklärung kommen würde — wie damals, als Colla — Um Gotteswillen! Nur das nicht! Warum ließ man sie nicht in Ruhe? Sie besann sich eine Weile und erwiderte dann höflich, aber ohne ihr Unbehagen ganz verbergen zu können:

Ich bin Ihnen auch sehr dankbar dafür, sehr, sehr dankbar!

Toporeanu hobte seinen Blick in ihre Augen. Martha wandte ihr Gesicht ab, sah um Fenster hinaus und sagte:

Wie grau und düster es ist!

Toporeanu schloß. Es trat eine Pause ein.

Fräulein Martha — eine Bitte!

Sie nicht und sah ihn fragend an; ein feines, tro-

Abgeordnetenhause.

— Berlin, 21. 8.

Auf der Tagesordnung stehen

Anträge.

Ein Antrag Kunze (konj.), der Bereitwilligkeit von Futtermitteln für das Zug-, Milch-, Schlacht- und Viehwirtschaft verlangt, wird nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen.

Ein Antrag Hennberg (konj.), der vom Anschlag verändert worden ist in die Forderung, daß von der Ernte an Gerste, Hafer und Mengtorn jedem Landwirt eine Mindestmenge für den eigenen Bedarf unter allen Umständen zur freien Verfügung zu belassen sei, gelangt in dieser Fassung nach ziemlich langer Erörterung zur Annahme.

Es folgt der konservative Antrag Bismarck und Gen. auf Begünstigung der Hauschlachtung und Förderung der Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht und der Geflügelhaltung. Er wird in der vom Vizepräsidenten gegebenen Fassung, wonach die Kommunalverbände für Ferkel und Kastratten zu sorgen haben, nach kurzer Aussprache nicht ohne Widerspruch angenommen.

Es folgt der Antrag Färbringer (natj.) auf Entschädigung der Nord- und Ostseebäder für Kriegsschäden. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag auf Betrieb durch militärischen Befehl unterbunden ist. Notstandsbarleben.

Abg. Jberhoff (freikonj.) beantragte, zu des Notstandsbarleben auch Beihilfen zu gewähren.

Die Aussprache ist kurz. Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Der Antrag Jberhoff (freikonj.) wird mit knapper Mehrheit angenommen.

Ein Antrag Wildermann (Zentr.) auf Befreiung der Kriegsschiffe von der Steuer wird durch einen Erlaß des Kultusministers für erledigt erklärt.

Eine Petition des Gemeindevorstandes des Adlershof verlangt einen Lastenausgleich zu Erleichterung der Notlage der östlichen Vororte Groß Berlins. Die Beratung hierüber wird vertagt.

Am Donnerstag ist Fortsetzung der Beratungen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 21. 8.

Der Reichstag fährt fort in der zweiten Sitzung des

Haushaltsplanes für das Reichsamt des Innern.

Dazu liegen eine Reihe von Entschlüssen vor. Eine Wunsche für den Reichsausgleich für Kriegsbeschädigten-Zufuhr 100 000 Mark Zusatz für 1917, eine andere Zahlung der erhöhten Unterhaltungskosten an die Kriegsfamilien und für die Zeit der Zeit. Weiter wird erhöhter Zuschuß zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit verlangt. Die Wochenhilfe soll auch auf die Ehefrauen der im Disfiedienst tätigen Personen ausgedehnt werden. Kriegswidowinnen sollen künftig statt 1 Mark eine Unterstützung von 1,50 Mark täglich gewährt werden. Ferner wird die Einberufung einer Reichsschulungskonferenz angeregt. Eine weitere Entschädigung verlangt bis zur dritten Lesung die Einstellung von 700 000 Mark in den Haushaltsplan als ersten Beitrag zu den Kosten der Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs für die Herstellung einer Großschiffahrtstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze unterhalb Passaus.

Ein Antrag Kleinig (fortsch. Sp.), der aus von Mitgliedern des Zentrums, der Nationaldemokraten und der Sozialdemokraten unterzeichnet ist, fordert 100 000 Mark als Kostenbeitrag für Entwürfe für Großschiffahrtswegen.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt gesetzmäßige Maßnahmen, wonach alle vor dem 1. August 1914 abgeschlossenen Lebensversicherungen von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen, für welche während der Dauer des Krieges die Prämienzahlung eingestellt wurde, bis 3 Monate nach Friedensschluss in der Kraft gesetzt werden können, und ein zweites fordert eine Verordnung, wonach die Arbeitszeit für den

Fein gesponnen.

Eine Erzählung vom Ballon von Adolf Hach.

8) (Nachdruck verboten.)

Sie reichte ihm die vollen Händchen, die er ehrerbietig an die Lippen führte.

Jetzt kommen Sie immer, Freund!

Als Toporeanu mit Frau Joe in Marias Gemach trat, blieb er überrascht an der Tür stehen. — Ein in Gold und zartem Rosa schimmerndes Bonolir mit zierlichen Möbeln, der unvermeidlichen höflichen Anspiel und hundert feinsten Rippen hatte er erwartet und sah sich in einer ernsten Gelehrtenstube. In der Mitte des Zimmers stand ein großer Schreibtisch, auf dem Stöße von Büchern aufgeschichtet waren; links am Fenster ein kleiner Tisch, an dem Martha, ein Buch in der Hand, in einem magrinen Lederstuhl saß. Rechts ein Mignon-Möbel, auf dem Rosen lag, an den Wänden Reproduktionen alt-italienischer Meister, in den freien Winkeln des Raumes schwerbeladene Bücherständer; über all, auf den Tischeln, kleinen Sofas geschlossene und offene Bücher in Unordnung herumliegend. Wer hätte gedacht, noch es ihm vellschnell durch den Kopf, daß diese verwöhnte, genussreiche Bojarentochter, die den reinen Luxus der Zukarester Salondame verkörpert, hier, in dieser stillen Klause, ein angestrichenes inneres Leben führt? Das ist Collas Einfluss — seine „gelehrten Gespräche“ mit ihr. — Toporeanu machte die eleganteste Verbeugung, die er zurwege bringen konnte, ließ seine schönen Augen spielen und begrüßte Martha mit einer Miene, die Hochachtung und Bewunderung ausdrückte.

Martha erhob sich leicht und erwiderte höflich und ernst. Toporeanus Besuch schien ihr erwünscht.

Was ist's mit dem Quell, Herr Toporeanu? fragte Martha höflich und sah ihn forschend ins Gesicht.

Fräulein, ich begreife Ihre Angst, Ihre Aufregung, erwiderte er langsam und mit Nachdruck. — Ob sie nun mir gilt oder dem Herrn, der Sie in Ihrem Hause vor Ihren Gästen durch sein empfindendes Betragen versteht hat — er machte eine Pause, als wartete er eine Antwort ab.

nisches Lächeln schien deutlich zu sagen: „Nun gut, ich will das Opfer, das mir gebracht werden soll, bezahlen.“

Toporeanu rückte näher an sie heran und drückte einen langen Kuß auf ihre schlanke Hand. Martha bis zu den Lippen. Sie erhob sich rasch, entzog ihm die Hand und verließ ihn mit eisiger Kälte:

Ihre Bitte, Herr Toporeanu?

Toporeanu trat einen Schritt zurück und flammte verlegen:

Ich wollte Sie bitten, Fräulein Martha, mir einige Minuten Geduld zu schenken.

Martha erklärte:

Ich, verzeihen Sie, mir ist nicht wohl! — Ich fühle mich krank.

Statt der Dienerin kam die Mutter herein. Sie rief: Simonade.

Hier... Trinkt nur zwei Schlüsschen, es wird das Nerven beruhigen, wie bleich du wieder bist. Hat dich das böse Herr Toporeanu geärrt?

Herr Toporeanu ist nicht böse und hat mich nicht geärrt, aber ich bedarf der Ruhe, Mama.

Toporeanu verabschiedete sich. Madame Joe begleitete ihn bis in den Korridor.

Nun, was hat es gegeben?

Toporeanu zog die Schultern hoch.

Mut! Nicht jede Forderung ergibt sich beim Sturm. Auf Wiedersehen!

Als Toporeanu das Zimmer verlassen hatte, verließ Martha die Tür und streckte sich auf den Divan hin. Sie fühlte das Bedürfnis, allein zu sein. Ein Kellner brachte vor den Menschen; wie viel hatte sie sich von dem gesellschaftlichen Leben versprochen, und wie wenig hat es gegeben! Um wieviel schöner war doch die Pflanzung gewesen mit den tausend Hoffnungen und Illusionen. Wie von Fesseln befreit fühlte sie sich, damals wie sie auf den ersten Ball geführt wurde und zum ersten Male „Dame“ erschien. Kein Kind mehr sein müssen, als ein freier Mensch sich bewegen können, das Leben, das man nicht leben können und gute, große, bedeutende Menschen kennen lernen, wie machte das ihr Herz vor Lust und Begeisterung erbeben! — Und —? Die große, bittersüße Täuschung kam bald...

(Fortsetzung folgt)

aus der Rechtsanwaltschaft, der Kaufmannschaft, der Versicherungsgesellschaften, der Zeitungsgesellschaften, sowie in Vermietungsfirmen und Adressenbüchern eine Stunde vor der öffentlichen Ladenschließung, spätestens um 6 Uhr abends, endigen soll und nicht Stunden täglich nicht überschreiten darf. Weiter werden bessere Unfallversicherungsbedingungen, namentlich für die Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, gefordert.

Abg. Kumm (Deutsche Fraktion) verlangt kräftigere Wohnungspolitik, Abhilfe für die Wohnungsnot der kriegsbeschädigten Familien. Wir brauchen sturden neues Siedlungsland.

Abg. Böhner (Soz. Arb.): Das Großkapital hat die Kriege Unsummen auf Kosten der Volkskraft herausgeschüttelt. Die Arbeit der Frauen und Jugendlichen hat viel zu großen Umfang angenommen.

Staatssekretär Dr. Helfferich spricht sich gegen eine Regelung des Reichsamt des Innern aus. Die Gruppen der inneren Politik, der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik hängen eng zusammen. Die Frauenarbeit brauchen wir. Brot und Granaten steht die Lösung. Bei Verteilung der Rohstoffe wird verhindert werden, daß einzelne einen Vorrat annehmen vor Betrieben, die heute still liegen. Die kriegsbeschädigten Regierungen werden die Sänglingspflege und der Weiterzahlung der erhöhten Familienunterstützungen für den Sommer zustimmen. Die Zahl der Arbeitsfähigen, die, ohne zu arbeiten, die Unterstützung beziehen, hat sich gesteigert. Kriegskrieg, die früher stets zur Arbeit gingen, haben die Arbeit verweigert und ihre Kinder von der Arbeit abgehalten. Es dürfte gerechtfertigt sein, da zur Entlastung der Familienunterstützung zu schreiten. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist günstig. In den nächsten Wochen werden Erleichterungen der Ernährung eintreten. Sodann spricht Redner über Industrie und Kriegsgesellschaften.

Abg. Chrysant (Zentr.): Auf das Handwerk muß mehr Rücksicht genommen werden. Mit Recht hat Erzbischof Gieseler gesagt, man müsse dem Handwerk die Arbeit ins Haus bringen.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Vollständige Reform des Arbeiterrechtes ist sofort vorzubereiten. Es ist unzulässig, die Frauen von Arbeitern zur Arbeit zu zwingen und die Frauen von Offizieren frei spazieren zu lassen.

Abg. Böhm (konf.): Der Vorschlag ist unerhört, daß die Landwirte die Stadtkinder aufs Land holen, um ihre Kraft auszunützen.

Ministerialdirektor Raspar: Die Gerichte, daß die Handwerkskammern geschlossen werden sollen, sind nicht.

Abg. Horn (Soz. Arb.) verlangt im Interesse der Arbeiter Aufhebung der Bundesratsbestimmung, nach der die Arbeiterbestimmungen aufgehoben werden können.

Abg. Brühne (Soz.): Ungeheure Aufgaben erwarten das Reich nach dem Kriege. So die Sorge für Arbeiter und Arbeiter. Die vornehmste aber ist die Sorge für die durch den Krieg zu Doppelhaisen gewordenen Kinder.

Die Aussprache schließt. Der Gehalt des Staatsrechts wird bewilligt. Die Abstimmung über die Arbeiterbestimmungen wird verschoben.

Am Donnerstag ist erste und zweite Beratung des Reichsamtgesetzes und Fortsetzung der Staatsberatungen.

Riesendeute des Hilskreuzers „Möve“

Berlin, 22. März. Antich. S. M. Hilskreuzer „Möve“, Kommandant Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobien, ist von seiner zweiten mehrmonatigen Kreuzfahrt im Atlantischen Ozean nach einem heimischen Zwischenfall zurückgekehrt.

Das Schiff hat 22 Dampfer und 5 Segler mit 100 Brutto-Registertonnen, darunter 21 feindliche Dampfer, von denen 8 bewaffnet waren, und 5 im Besitz der englischen Admiralität fuhren, und vier feindliche Segler aufgebracht.

Pockensterblichkeit in Europa.

Land	Todesfälle (1913)
Deutsch Reich	12 Todesfälle
Ungarn	100 Todesfälle
Niederlande	4 Todesfälle
England	14 Todesfälle
Schweiz	3 Todesfälle
Skandinavien, Schweden, Dänemark	0 Todesfälle
Polen	38 Todesfälle
Frankreich	70 Todesfälle
Spanien	2513 Todesfälle
Italien	3336 Todesfälle
Europäisch Russland	36 907 Todesfälle

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 22. März.

Das Gesetz zur Änderung des Reichsamtgesetzes ist zunächst abgelehnt, und es erfolgt die Einzelberatung des

Haushaltsplanes für das Reichsamt des Innern. Es ist ein neuer Antrag Baffermann (natl.) eingegangen, der den Reichskanzler ersucht, die Liebermann der Wasserstraßen auf das Reich und die Schaffung eines Reichsamtes für Wasserstraßen in die Wege zu leiten.

Bei der Reichsschulkommission weist Abg. Schulz-Ekfurt (Soz.) auf die Mängel des einjährig-frühwilligen-Systems hin, die auch Generalmajor Rymann hervorgehoben habe. Es entspreche weber dem Schul noch dem Heeresbedürfnis, an solle die Volksschule mehr ausgehalten. In der Handlung der Kriegsprüfungen bestehen sinnlose Unterschiede zwischen Nord und Süd.

Abg. Krumpholtz (Zentr.): Es handelt sich um eine einseitige Berufsberatung. Sie muß der Schule wegenommen und an die Schwelle des Eintritts in den Heeresdienst verlegt werden. Ein Jugendschutzgesetz ist notwendig.

Abg. Dr. Kerschenecker (fortsch. Bp.): Das einjährig-frühwilligen-System schadet dem höheren Schulwesen. Die Reichsschulkonferenz sollte auf ein einheitliches Reichsschulministerium hinarbeiten.

Ministerialdirektor Bawald: Das Schulwesen ist Landesangelegenheit. Ueber den einjährig-frühwilligen-Dienst wird nach dem Kriege weiterverhandelt werden.

Abg. Ortman (natl.): Der Krieg hat keine besonderen Schäden im Schulwesen aufgebracht.

Abg. v. Graefe (konf.): Unebenheiten können auch ohne Zentralisierung ausgeglichen werden.

Abg. Kunert (Soz. Arb.) tritt ein für Reichsschulkonferenz, Reichsschulgesetz und Einheitschule.

Abg. Dr. Jund (natl.): Es ist sehr unerfreulich, daß in einem Bundesstaat die Kriegsprüfungen die Schulbank nicht mehr drücken müssen, im anderen dazu gezwungen sind.

Ministerialdirektor Dr. Bawald: Die Form der Notensystemprüfung ist den Schülern anheimgestellt.

Abg. Zirkowich (Bp.): Nur Wohlhabende können die höheren Schulen besuchen. Das muß geändert werden.

Die Aussprache schließt. Die Entschließung auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz wird mit schwacher Mehrheit abgelehnt, die anderen Entschließungen werden angenommen. Die Anträge der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft werden abgelehnt.

Hierauf folgt Beratung über die

Änderung des Reichsamtgesetzes.

Ein Gesetzentwurf empfiehlt, den bisherigen Steuerzuschlag zum Grundstücksstempel bis auf weiteres aufrechtzuerhalten.

Ein Antrag Dr. Arendt (Deutsche Fr.), v. Payer (Bp.), Scheidemann (Soz.) will die Aufrechterhaltung nur bis zum 1. April 1920 festsetzen.

Ein Entschließung Dr. Spahn (Zentr.) will den Bundesrat ermächtigen, die Grundstückssteuer dann zu erlassen, wenn im Zwangsverkauf oder in dem zur Vermeidung der Zwangsversteigerung vorgenommenen freiwilligen Kauf der dinglich Berechtigten das Grundstück zur Rettung seiner Forderungen erwirbt.

Die Vorlage wird ohne Gegenrede in allen drei Lesungen mit dem Antrag Dr. Arendt und der Änderung Zimmermann, sowie der Entschließung Dr. Spahn gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Die Aussprache wendet sich darauf wieder dem Reichsamt des Innern zu.

Beim Thema Gesundheitsamt erklärt

Abg. Kunert (Soz. Arb.): Wir haben Unterernährung, die an Hungernot grenzt. Der Geburtenrückgang ist ungeheuerlich. Redner bespricht die russischen Ereignisse in heftigster Art.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Damm führt aus, daß der Gesundheitszustand verhältnismäßig günstig ist.

Präsident Dr. Raempe erteilt dem Abg. Kunert, der gesagt hatte, am Tode von Millionen von Streitern und an dem Unglück in der Heimat seien Kaiser und Kanzler schuld, nachträglich den Ordnungsruf.

Abg. Kunert (Soz. Arb., zur Geschäftsordnung): Es war meine Pflicht, zu sagen, was ich sagte.

Staatssekretär Dr. Helfferich weist die Ausführungen des Abg. Kunert entschieden zurück.

Abg. Hoch (Soz.): Je mehr für die Gesundheit der Arbeiter geschieht, desto mehr können sie leisten für das Vaterland.

Abg. Tittmann (Soz.): Mir scheint, die Herren von der Regierung wissen nicht, daß in manchen Industriebetrieben Arbeiter vor Hunger umfallen.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Damm: Wir haben keine Hungersnot.

Abg. Reube (Bp.): Neben wie die des Abg. Kunert verlängern den Krieg.

Der Etat des Gesundheitsamtes wurde damit erledigt.

Es folgt der Etat des Reichsversicherungsamtes.

Abgeordnetenhause.

— Berlin, 22. März.

Das Haus steht bei dem Kapitel

Anträge.

Die Petition des Gemeindevorstandes Alersdorf, die einen Lastenausgleich zur Erleichterung der Notlage der östlichen Vororte Groß-Berlins verlangt, beantragt der Gemeindevorstand des Hauses, der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Zentrum und Konservative beantragen, sie ihr zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Cassel (fortsch. Bp.): Ich beantrage Zurückweisung an den Ausschuss. Berlin soll nur die Lasten tragen, aber nichts mitreden haben. Die vorgeschlagene Regelung verstößt gegen den Grundsatz der Selbstverwaltung.

Ein Regierungsvorsteher erklärt, die Regierung habe noch nicht Stellung genommen und fährt aus, das Verhältnis zwischen dem Steuerfoll und den Aufwendungen für Volksschulen betrage in manchen östlichen Vororten viermal so viel wie in westlichen. Das müsse zu denken geben.

Abg. Dr. Rippmann (natl.) verlangt eine Abgrenzung zwischen den Lasten des Staates und der Gemeinden, die allein hier helfen könne.

Ein Regierungskommissar betont, daß das Finanzministerium noch nicht habe Stellung nehmen können.

Abg. Dr. Wärmeling (Zentr.): Meine Freunde in der Kommission haben alle für den Ausfühsantrag gestimmt. Ein Ausgleich der Lasten muß stattfinden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Abg. Rosenow (Bp.) und Cassel (Bp.) beantragen, dadurch an wichtigen Ausführungen verhindert zu werden.

Berichterstatter Abg. Hansmann (natl.) erklärt,

bei der Petition sei durchaus nicht, wie Abg. Cassel gesagt habe, ungenügend verfahren worden.

Abg. Cassel (Bp.) zieht den Antrag auf Zurückweisung zurück.

Abg. Harnisch (Soz.): Wir nehmen den Antrag wieder auf.

Der Antrag wird abgelehnt, der Antrag auf Überweisung zur Berücksichtigung mit dem Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen. Damit ist der Ausfühsantrag erledigt.

Die Vorlage über Paulastensbächer geht an die Wohnungskommission.

Es folgt eine Beratung über die Zentral-Eisenkaufs-Gesellschaft. Ein Antrag v. Heydenbrand (konf.) betrifft die Versorgung des inneren Marktes durch die ZEG. Der Haushaltsausschuss beantragt hierzu:

1. Die Regierung möge Sorge tragen, daß Grundstücke geschaffen werden, die die Verwaltung, Preisbildung und Gewinnbehandlung bei den Bezirks- und Provinzialstellen für die Lebensmittelverteilung regeln;

2. es empfiehlt sich, daß die ZEG. den örtlichen sachkundigen Handel mehr als bisher zum Einkauf und zur Lagerung ihrer Waren heranzieht. Damit ist auch für die Uebergangszeit nach dem Kriege die Ausnutzung des freien Handels besser als bisher vorbereitet. Desgleichen erscheint, soweit dies zugehend möglich ist, gegenwärtig eine stärkere Heranziehung des freien Handels zum Import aus den neutralen Staaten empfehlenswert.

Berichterstatter Abg. Rippmann (Bp.) behandelt ausführlich die Klagen gegen die ZEG., deren Bureaukratismus schwere Nachteile gebracht habe.

Berichterstatter Dr. Hoesch (konf.) nennt die ZEG. ein Kriegsübel.

Abg. Rosenow (Bp.) verlangt, daß die ZEG. dem freien Kaufmann mehr heranziehen müsse.

Abg. Graf Spee fordert, daß die Abgeordneten über die Tätigkeit der ZEG. fortwährend unterrichtet werden, um beruhigend wirken zu können.

Abg. Dr. Lehn (natl.): Diese Debatte hat in weiteren Kreisen erbitternd gewirkt. Die ZEG. muß den freien Handel, besonders den Großhandel, mehr berücksichtigen.

Der Antrag des Ausschusses über die ZEG. wurde danach angenommen.

Das Haus schloß dann ein das

Eisenbahnleihegesetz.

Nachdem Eisenbahnminister v. Breitenbach kurz eine Erklärung der Fahrpreise außer der Reichsverkehrsabgabe angekündigt hatte, wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Votales. Verkleinerung der Brottration.

Ab 15. April 1 Pfund Brot weniger.

Am 15. April wird auf Grund der letzten Aufnahmen eine Verkleinerung der Brottration um ein Viertel erfolgen. Von den Zulagen fällt die für Jungendliche fort, während die übrigen um ein Viertel gekürzt werden. Als Ersatz sind zunächst Kartoffeln mehr, als bisher angenommen, vorhanden, daß für die Zeit der Brotverknappung wöchentlich 5 Pfund pro Kopf gegeben werden können. Die vorhandenen Viehbestände gestatten eine Erhöhung der Fleischration auf 1 Pfund pro Person und Woche. Reichsausschüsse werden es ermöglichen, daß der Preis für das mehr gewährte halbe Pfund Fleisch nicht teurer sein wird als der Preis des abgezogenen Brotes.

Erhöhtes Befähigungsgeld für Arbeiter. Mit Wirkung vom 1. Februar 1917 ab ist das Befähigungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften von 1,50 Mark auf 2 Mark erhöht worden. Wie von maßgebender Stelle erklärt wird, erhalten auch die beurlaubten Soldaten diesen erhöhten Betrag.

Die kommunalen Steuern werden im neuen Etatsjahre vermutlich beträchtlich erhöht werden. Das ist eine Folge der ungeheuren Ansprüche, die das Unterhaltungs- und Ernährungsweisen an die Städte stellen, sowie der vielfach stark verminderten Einnahmen. Wenn der größte Teil der Steuerzahler ins Feld gerückt ist, muß man selbst bei Fortdauer verhältnismäßig günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse mit einer starken Verminderung der Steuererträge rechnen. Die Unterhaltungen haben in vielen Gemeinden eine Höhe erreicht, die für die Steuerzahler wahrhaft erschreckende Ausmaße annehmen. Andernfalls ist man infolge günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse der Einzelnen sowohl als der Gemeinde besser daran. Auf jeden Fall aber werden die Steuern in den nächsten Jahren die Tendenz einer rapiden Steigerung zeigen.

Die Heimatzeitung ist das Sprachrohr für die Wünsche, Beschwerden und Sorgen der Bürger. Sie ist der Spiegel, aus dem sich das kommunale Leben in all seinen klaren Einzelerscheinungen erkennen und überblicken läßt. Wer die Zeitung genau und regelmäßig liest, der weiß, wie die vermehrten Lasten der Gemeinde entstehen, sich entwickeln und aufbauen aus einer langen Reihe kleiner und kleiner Einzelheiten. Nur wer diese Entwicklung eifrig verfolgt, kann sich ein klares Bild machen von der mehr oder weniger großen Berechtigung der einzelnen Pläne und Maßnahmen der Gemeindeverwaltung.

§ Vierstadt. In der Gemeindevorsteheritzung am Freitag wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die im Gemeindevorstand Distrikt Rainchen abgehaltene Holzversteigerung wird genehmigt. 2. Die Gesuche von Pauline Schweizer Ww., Pauline Pfeiffer Ww. und L. Pretzsch Ww. um Erlaß der Gemeindesteuer pro 1916 werden genehmigt. 3. Desgleichen wird die Gewerbesteuer vom 1. Okt. 1916 bis 31. März 1917 des B. Freund erlassen. 4. Betr. Wahl eines Mitgliedes zur Finanzkommission. Gewählt wurde Herr B. L. Meyer. 5. Als Kommission zur Prüfung der Gemeindevorrechnung pro 1916 wurden gewählt L. Vogel 2. und G. Schaller. 6. Die Mittel zur Bestellung eines 2. Standesbeamten wurden bewilligt. 7. Betr. Bewilligung von Feuerungsulagen an die Forstschutzbeamten. Wurde abgelehnt. 8. und 9. Des.

gleiches wurden abgelehnt die Gesuche des Feldbüters
Ranzen um Bewilligung einer Gratifikation und des Fr.
Weidemann um Bewilligung einer Gehaltserhöhung. 10.
Die Gemeinde Bierstadt mietet das W. Benzel W. zu
Wiesbaden gehörige Häuser als Nachtlager. Der
Mietvertrag wird genehmigt. 11. Die Gemeindevertretung
erklärt sich einverstanden mit den Abänderungen der
Kassensatzungen der Witwen- und Waisenkasse für die
Kommunalbeamten des Reg.-Bez. Wiesbaden und der
Allgem. Grundsätze für die Anrechnung von Dienst- und
Beschäftigungszeiten p. p. 12. 13. 14. Es wurden er-
lassen: die Gewerbesteuer von Frau S. Frechenhäuser
die Gewerbesteuer von Christ. Kupp und die Umlagesteuer
von W. Gräf. Es wurde Bescheid gefasst, daß bei den
weiteren Holzverkäufungen nur hies. Einwohner zu-
gelassen werden sollen. Die Gemeinde will sich selbst mit
einem Barren Holz versorgen, damit in Fällen der
Not ausgeholfen werden kann.

Bierstadt. Die Musterung der Untauglichen findet
am Freitag, 30. März im „Deutschen Hof“ in Wiesba-
den statt. Siehe unter Bekanntmachungen.

Bierstadt. In der gestrigen Gemeindevertreter-
Sitzung wurde Herr Lehrer Diesterich zum 2. Stellvert.
Standesbeamten gewählt.

Kirchliche Nachrichten, Bierstadt.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 25. März 1917.

Sonntag Jubica.

Morgens 10 Uhr: Bieder Nr. 73 — 74. — Text: Ev.
Lukas 22, 63—71.

Die Kirchenversammlung ist für das Syrische Missionshaus
in Jerusalem bestimmt.

Morgens 11 Uhr: Kindergottesdienst. Nr. 212. — 79.
Rathhaus 27, 45—27 u. Joh. 19, 28, 29.

Kath. Kirchengemeinde.

Bierstadt.

Sonntag, den 25. März 1917.

Morgens 8 Uhr: Hl. Messe.

Morgens 9³⁰ Uhr: Hochamt mit Predigt.

Freitag, 23. 8 Uhr: Fasten-Andacht.

Freitag 8³⁰ Uhr: Hl. Messe 7,30 Uhr.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Sonntag 25. Ab. D. „Das Dreimäderlhaus.“ 7 Uhr.

Montag, 26. Ab. B. „Emilia Galotti.“ 7 Uhr.

Dienstag, 26. Ab. A. „Die Zauberflöte.“ 7 Uhr.

Residenz-Theater, Wiesbaden.

Sonntag, 25. 3³⁰ Uhr „Die Diener lassen bitten.“

7 Uhr. Wie fessle ich meinen Mann?

Montag, 26. Schulfeier. 7 Uhr.

Dienstag, 27. Wie fessle ich meinen Mann? 7 Uhr.

Bekanntmachungen.

Adolf Koch zu Mainz ist in der Lage ostpreuß. Saat-
widen, Saatgerste und Hafer zu beschaffen. Ich weise
die Landwirte auf diese Bezugsquelle hin.

Bierstadt, den 24. März 1917.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Im Verkehr mochte sich der Mangel an Hartgeld fühl-
bar. Diese bedauerliche Störung im Geldverkehr hat sei-
nen Grund wesentlich in dem Verhalten der Bevölkerung,
die um eines vermeintlichen Vorteils willen, die aus der
Ansammlung des Kleingeldes in privaten Händen sich für
die Allgemeinheit sich ergebenden Gefahren übersehen.

Es ist anzunehmen, daß besonders die ländlichen Be-
wohner an dieser Hemmung beteiligt sind.

Es darf erwartet werden, daß die Bevölkerung die
schädliche Gewohnheit, das Münzgeld zurückzubehalten und
das Papiergeld abzustoßen, sowie unnütze Vorräte anzu-
sammeln aufgibt und das Münzgeld dem Verkehr zuführt.

Bierstadt, 24. März.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Wie Nachst auf die Selbstversorgung des Kreises an-
die von der Provinzialkartoffelstelle Kassel zu erwartende
Regelung der Kartoffelversorgung in der Provinz wird der
Kartoffelverzögerer des Landkreises Wiesbaden der Abschluß
von Lieferungsverträgen für Früh- und Spätkartoffeln ver-
boten.

Zu widerhandlungen werden bestraft.

Wiesbaden, den 24. März 1916.

Der königliche Landrat.

von Heimbürg.

Nachmusterung.

Die Nachmusterung bisher dauernd Untauglichen, ein-
schließlich der als zeitig arbeitsverwendungsunfähig aus-
gemerkten, sowie der zeitig arbeitsverwendungsunfähigen

Landsturm-Wehr- und Militärpflichtigen, welche in der
Zeit vom 8. September 1870 bis 31. Dezember 1898
geboren sind, ferner

die im Kriege als dauernd untauglich ausgemerkten
Landsturmpflichtigen soweit sie in der Zeit vom 2. August
1869 bis zum 7. September 1869 geboren sind, findet für
sämtliche Gemeinden des Landkreises Wiesbaden im Lokale
zum deutschen Hof Wiesbaden wie folgt statt:

Am Freitag, 30. März 1917, die Geburtsjahrgänge 1869
bis einschl. 1898 aus den Orten Bierstadt, Dohheim,
und Erbenheim.

Die Betreffenden haben sich vorm. um 7^{1/2} Uhr in rei-
nen u. nüchternem Zustande zu stellen und Militärpapiere
mitzubringen.

Wer durch Krankheit am Erscheinen verhindert, hat ein
beurkundetes Attest an sich einzubringen. Un-
pünktliches Erscheinen und Fehlen ohne Entschuldigung wird
bestraft.

Von der Stellung zur Musterung dürfen nur solche be-
freit werden, welche auf beiden Augen blind sind. Augen-
leidende, welche in der Regel ein Glas tragen, haben dies
zur Musterung mit zu bringen.

Wiesbaden, den 21. März 1917.

Der Zivilvorsteher der Erfassungskommission des
Landkreises Wiesbaden.

v. Heimbürg.

Dies wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Bierstadt, den 24. März 1917

Der Bürgermeister: Hofmann.

Spar- und Vorschuß = Verein Bierstadt.

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Einladung.

Wir laden unsere Mitglieder zur
ordentlichen

Generalversammlung

auf Donnerstag, den 5. April cr., abends 8 Uhr, in
das Gasthaus „Zur Krone“, Bes. 2. Mai W., ergebenst
ein und bitten um recht zahlreiches Erscheinen.

Tagesordnung.

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und die
1916er Jahresrechnung und Bilanz.
2. Genehmigung der 1916er Bilanz und Entlastung des
Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Verwendung des Reingewinnes.
4. Ergänzungswahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
5. Bekanntgabe des Berichtes über die am 2. 3. u. 4. August
1916 vorgenommene gesetzliche Verwaltungsrevision.
6. Festsetzung der Summe, bis zu welcher der Vorstand u.
Aufsichtsrat ermächtigt ist, Anleihen und Spareinlagen
aufzunehmen (Höchstbetragsgrenze), sowie anderweitige
Festsetzung der Aktivkreditgrenze.
7. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Die Jahresrechnung und Bilanz liegen vom 20. ds.
Mts. 8 Tage im Geschäftsbüro, Talstr. 9, zur Einsicht der
Mitglieder offen.

Bierstadt, den 20. März 1917.

Schäfer.

Mayer.

Haus- und Grundbesitzerverein Bierstadt.

Tel. 6016 Geschäftsstelle Blumenstraße 2a. Tel. 6016

Zu vermieten sind Wohnungen von 1—5 Zimmer z.
Preise von 100—350 Mark. Zu verkaufen sind verschie-
dene Villen, Geschäfts- und Wohnhäuser, Bauplätze und
Grundstücke in allen Preislagen.

Schwarze Kleidung

als Spezialität der Firma stets
in grosser
Vielseitigkeit
am Lager

Bestellungen werden sofort erledigt.

Telef. 6365

S. GUTTMANN



Aufforderung des Kriegsamts freiwilligen Meldung gemäß § 7 2 des Gesetzes über den vaterl. Hilfsdienst.

Zwecks notwendiger Ablösung wehrpflichtiger
im Heimatgebiet beschäftigter Kraftwagenführer
wird hiermit zur sofortigen freiwilligen Mel-
dung als wehrdienstpflichtiger, nicht mehr wehrpflichtiger
Kraftwagenführer mit dem Führerschein IIIb auf-
gefordert. Der nach Deduktion des Bedarfs in der
verbleibende Ueberschuss kommt zur Verwendung in
besetzten Gebieten und in die Etappe in Betracht.
Die Meldungen haben unter Beifügung des
Führerscheins und etwaiger Zeugnisabschriften schriftlich
mündlich bei der Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M.
für vaterl. Hilfsdienst, Marienstr. 17 zu erfolgen.
Dabei hat der Bewerber anzugeben, ob er zum
nur im Heimatgebiet (evtl. beschränkter Bezirk) oder
der Etappe und im besetzten Gebiet bereit ist.

Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M.

Löbigs Haararbeiten- Spezial-Geschäft

Wiesbaden

Gleichstraße

Edle Heleneustraße

Einie Bierstadt-Wiesbad. Haltestelle Steckenb. De-
Anfertigung sämtlicher Haararbeiten
besten Ausführung zu realen billigen Preisen
auch von ausgefallenen Haaren. — Aufarbeiten
und Färben von getragenen Haararbeiten.
Fertige Kopfe in allen Farben, Qualität, sowie
in allen Preislagen stets am Lager.

Damen-Kopfwaschen.

Haarfärben

Foto-Salon Mignon- Sonnenbild

Erste Mainzer Postkarten-Zentrale

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr.

Einziges und ältestes Geschäft am Platze.

Anfertigung von Gewerbe-Legitimations- und Re-
pass-Bilder in sofortiger Ausführung.

12 Foto's Mk. 1.—

12 Foto's 50 P.

12 Postkarten von Mk. 1.50 an.

Lieferung innerhalb 24 Stunden.

Entwickeln und Kopieren von Platten aller im-
gemachten Aufnahmen.

Sonntags den ganzen Tag geöffnet.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise

offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Reparatur

Tüchtige Schneiderin

empfiehlt sich in Anfertigung

und Umändern von

Damenkonfektion. Näheres

in der Druckerei dir. 31g.

Ein tüchtiges

: Alleinmädchen

sucht Frau Obering

Baum,

14 Bierstädter Str.

Kinderklappwa

zu verkaufen. 15

Moritzstraße

Vinolen

Große Posten Te

äußerst billige Fil

zum Belegen der

empfehlen

Tapetenhaus

Wiesbaden, Rheinstra

Fernsprecher

Verhütung

gekauft zu Opfern

pflanzen und Ge

Ferdinand

Aufamm.

Spezialität: Imprägnierte
in allen möglichen Stoffarten, Farben und Grössen

Mäntel

Schloss

Damen-Bekleidung
Wiesbaden Langgasse

69⁰⁰

59⁰⁰

49⁰⁰

45⁰⁰

36⁰⁰

29⁷⁵